



HESSISCHER LANDTAG

14. 09. 2021

Kleine Anfrage

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE) vom 23.07.2021

Haftbedingungen für Aktivistin „Ella“ – Teil II

und

Antwort

Ministerin der Justiz

Vorbemerkung Fragesteller:

Seit Ende November 2020 sitzt die Aktivistin genannt „Ella“ als „UWP 1“ (Unbekannte weibliche Person) in Haft. Im Juni 2021 wurde sie wegen gefährlicher Körperverletzung sowie wegen Widerstand gegen und tätlichem Angriff auf Vollstreckungsbeamte zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Wie sehen die Haftbedingungen für „Ella“ aus?
- a) Unterscheiden diese sich von den Haftbedingungen anderer Gefangener?
 - b) Haben sich die Haftbedingungen im Laufe der Haft verändert?

Die gesetzlichen Grundlagen der hessischen Justizvollzugsgesetze zu den Haftbedingungen finden für alle Gefangenen in gleicher Weise Anwendung. Die Haftbedingungen für „Unbekannte weibliche Person eins“ unterscheiden sich daher nach dem Bericht der JVA nicht von denen anderer Untersuchungsgefangener und haben sich nicht verändert. Die Betroffene befindet sich unverändert in Untersuchungshaft.

- Frage 2. Wie häufig kann „Ella“ Besuch erhalten?
- a) Gibt es hier eine Unterscheidung zwischen Besuch von Freunden/Familien und Presse?
 - b) Unterliegen die Besuche (Freunde/Familie sowie Presse) Beschränkungen und Auflagen?
 - c) Sofern b) bejaht wurde: Was sind die Gründe und Rechtsgrundlagen für diese Beschränkungen und Auflagen?

Die Untersuchungsgefängene „Unbekannte weibliche Person eins“ hat, ebenso wie alle anderen Untersuchungsgefangenen der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III, die Möglichkeit, monatlich einen Besuch von einer Stunde zu erhalten. Besuche von Pressevertretern werden nicht auf das Besuchskontingent der Gefangenen angerechnet und können zusätzlich gewährt werden.

Die Besuchsregelungen richten sich nach § 26 Hessisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz (HUVollzG).

Für alle Besuche bei der Untersuchungsgefängenen „Unbekannte weibliche Person eins“ gelten zudem die gerichtlich angeordneten Beschränkungen nach § 119 Strafprozessordnung (StPO), wonach Besuche gerichtlich genehmigt und von den Bediensteten der Justizvollzugsanstalt überwacht werden müssen. Zudem dürfen Gespräche nur im Beisein einer Dolmetscherin oder eines Dolmetschers geführt werden.

Unabhängig davon werden alle Besuche in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III unter Beachtung der pandemiebedingt notwendigen Corona-Schutzmaßnahmen durchgeführt.

- Frage 3. Wie eine regelmäßige Bezugsperson von „Ella“ berichtet, oder wie es auch in der Presse hieß, sollen in ihrem Fall nur „ein Besuch und zwei Anrufe pro Monat“ möglich sein. Wie beurteilt die Landesregierung unter diesem Aspekt die Humanität der Strafvollstreckungsbedingungen?

Aufgrund der gerichtlich angeordneten Beschränkungen darf die Untersuchungsgefängene „Unbekannte weibliche Person eins“ nur überwachte Telefonate führen. Diese werden der Gefänge-

nen in der Regel spätestens alle 14 Tage durch den Sozialdienst der Justizvollzugsanstalt ermöglicht. Dies gilt ebenso für alle anderen Untersuchungsgefangenen, die nur überwacht telefonieren dürfen.

Hinsichtlich der Besuchsregelung wird auf die Antwort zur Frage 2 verwiesen.

Frage 4. Am 2. Juli 2021 fand eine Solidaritätskundgebung vor der JVA Preungesheim für „Ella“ statt. Warum war die Gefangene zu diesem Anlass in einen anderen Teil des Gebäudes verlegt worden?

Eine Verlegung anlässlich der Solidaritätskundgebung am 2. Juli 2021 hat nach dem Bericht der JVA nicht stattgefunden.

Wiesbaden, 14. September 2021

Eva Kühne-Hörmann